Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Mobilität

11. Sitzung
14. September 2022

Beginn: 09.07 Uhr
Schluss: 12.30 Uhr
Vorsitz: Herr Abg. Kristian Ronneburg (LINKE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

- Der Senat wird durch Frau Senatorin Jarasch (SenUMVK) und Frau Staatssekretärin Dr. Niedbal (SenUMVK) repräsentiert. Ferner sind Herr Haegele (SenUMVK, Leitung der Abteilung VI) und Herr Teske (SenUMVK, Leitung der Abteilung IV A) zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten anwesend.

- Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live in einen Übertragungsraum des Abgeordnetenhauses sowie auf der Website des Abgeordnetenhauses übertragen wird (Bild und Ton). Er stellt das diesbezügliche Einvernehmen des Ausschusses fest. Weiterhin besteht Einvernehmen hinsichtlich von Bild- und Tonaufnahmen durch die anwesenden Medienvertreterinnen und -vertreter.

- Der Vorsitzende weist abermals darauf hin, dass aufgrund der Beschlüsse des Krisenstabs, keine Lüftungspausen mehr eingelegt werden müssen. Es gelten dagegen weiterhin das Abstandsgebot sowie die Personenobergrenze für die Sitzungssäle.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Frau Senatorin Jarasch (SenUMVK) und Herr Haegele (SenUMVK) beantworten gemäß Punkt 4 Abs. 6 der Verfahrensregeln des Ausschusses folgende im Vorfeld der Sitzung eingereichte schriftliche Fragen der Fraktionen und Nachfragen sowie spontane Fragen der Ausschussmitglieder in der Reihenfolge ihres zeitlichen Eingangs:

Herr Abg. Reifschneider (FDP) zieht die durch die Fraktion der FDP eingereichte schriftliche Frage

– „Bis wann werden die Gebühren für das Kurzzeit- und das Anwohnerparken erhöht und welche Befreiungstatbestände sind vom Senat vorgesehen?“

zurück und stellt dafür die folgende mündliche Frage:

– „Wie ist der aktuelle Stand zum Genehmigungsverfahren des neuen Taxitarifs in Berlin?“

Ferner wurden folgende schriftliche Fragen eingereicht:

– „Was wird der Senat unternehmen bei geplanten und bereits realisierten neuen Busspuren angesichts des vernichtenden Urteils des Verwaltungsgerichts zur Busspur in der Clayallee, die als nicht erforderlich und damit rechtswidrig eingestuft wurde?“
(AfD)

– „Wie ist der aktuelle Sachstand für das Nachfolgemodell des '9-Euro-Tickets' für Berlin, wird das nun abgestimmt mit Brandenburg mit dem Erhalt des gemeinsamen VBB-Gebietes?“
(CDU)

– „Wann werden die neuen Angebote - Rufbus und 'Alternative Barrierefreie Beförderung' (ABB) - starten?“
(Die Linke)

– „Wie bewertet der Senat den Rechtsrahmen auf Bundesebene zur Anordnung von Bussonderfahrstreifen (insbesondere §45 Abs. 9 StVO und die dazugehörige Verwaltungsvorschrift), vor dem Hintergrund des Urteils des Berliner Verwaltungsgerichts zur Einrichtung eines Bussonderfahrstreifens in der Clayallee?“
(Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Machulik (SPD) stellt folgende spontane Frage:

– „Wie schätzt die Senatsverwaltung § 45 Abs. 9 StVO im Hinblick auf die Sicherstellung von Rettungswegen über Bussonderfahrstreifen ein?“

Frau Senatorin Jarasch (SenUMVK) berichtet über den Stand des Verfahrens zur Teileinziehung der Friedrichstraße.

Punkt 2 der Tagesordnung

a)	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 19/0177 **Zweites Gesetz zur Änderung des Berliner Straßengesetzes – Vereinfachung des Erlaubnisverfahrens für die Einrichtung von Baustellen**	0031 Mobil StadtWohn(f)
b)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Novelle des Straßengesetzes zur Beschleunigung und Absicherung von Hoch- und Tiefbaumaßnahmen** (auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke und der Fraktion der FDP)	0086 Mobil

Hierzu: Anhörung

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Anfertigung eines Wortprotokolls gemäß § 26 Abs. 7 Satz 4 GO Abghs. Ferner beschließt der Ausschuss einvernehmlich die dringliche Erstellung des Wortprotokolls.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass Punkt 2 a) in der 10. Sitzung am 31. August 2022 vertagt worden sei, um diesen Punkt erneut in Verbindung mit einer Anhörung aufzurufen.

Des Weiteren weist der Vorsitzende darauf hin, dass zu Punkt 2 a) Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 19/0177 – die Stellungnahme der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz vorliege und am 16. August 2022 an die Mitglieder des Ausschusses per Mail übermittelt worden sei.

Die Begründung des Antrags der Fraktion der CDU – Drucksache 19/0177 – erfolgte bereits in der 10. Sitzung am 31. August 2022.

Herr Abg. Kaas Elias (GRÜNE) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 2 b) für die antragstellenden Fraktionen.

Es werden angehört und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Herr Jürgen Besler, Geschäftsführer infreSt - Infrastruktur eStrasse GmbH und Herr Christoph Krömer, Referent der Geschäftsführung sowie

- Herr Dr. Martin Peters, Handwerkskammer Berlin, digital zugeschaltet.

Herr Jürgen Besler erläutert die Stellungnahme der infreSt GmbH anhand einer Powerpoint-Präsentation.

Im Rahmen der Beratung nehmen Frau Senatorin Jarasch (SenUMVK) und Herr Haegele (SenUMVK) Stellung. Im Anschluss daran vertagt der Ausschuss einvernehmlich Punkt 2 a) und b) der Tagesordnung, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

Punkt 3 der Tagesordnung

a)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Rahmenbedingungen für Carsharing-Angebote in Berlin.** (auf Antrag der Fraktion der FDP)	0010 Mobil
b)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Umsetzung des neuen Straßengesetzes – Neue Anforderungen an Mietfahrzeuganbieter** (auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)	0044 Mobil
c)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Potentiale von Sharing-Angeboten für einen Beitrag zur Berliner Verkehrswende** (auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)	0047 Mobil
d)	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 19/0315 **Berlin zur Hauptstadt des Carsharings machen**	0059 Mobil

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass Punkt 3 a) bis d) in der 10. Sitzung am 31. August 2022 aus zeitlichen Gründen vertagt wurde.

Herr Abg. Reifschneider (FDP) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 3a) sowie des Antrag – Drucksache 19/0315 – zu Punkt 3 d).

Frau Abg. Lerch (SPD) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 3 b) und c) für die antragstellenden Fraktionen.

Frau Staatssekretärin Dr. Niedbal (SenUMVK) nimmt einleitend Stellung.

Nach der Aussprache, in deren Rahmen Frau Staatssekretärin Dr. Niedbal (SenUMVK) gemeinsam mit Herrn Haegele (SenUMVK) und Herrn Teske (SenUMVK) Stellung nimmt, beschließt der Ausschuss wie folgt:

- Die Besprechungen zu Punkt 3 a) bis c) werden einvernehmlich vertagt.

- Zu Punkt 3 d) wird dem Plenum die Ablehnung des Antrags – Drucksache 19/0315 – empfohlen.

(mehrheitlich mit SPD, GRÜNE, LINKE und AfD gegen CDU und FDP)

Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum zugeleitet.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

- Der Vorsitzende berichtet von den bisherigen Themen für die gemeinsame Sitzung mit dem Landtag Brandenburg. Die Ausschussmitglieder diskutieren im Anschluss über weitere Themen.

- Die nächste (12.) Sitzung des Ausschusses für Mobilität findet am Mittwoch, dem 28. September 2022, um 9.00 Uhr statt.

Der Vorsitzende Der Schriftführer

Kristian Ronneburg Alexander Kaas Elias